

*Hans Zwiefelhofer SJ*

## Die hispanoamerikanische Revolution und die Ideen der Scholastik

„Es gibt in Lateinamerika keinen Glauben an diesen Kontinent, weder unter den Menschen noch unter den Nationen. Die Verträge und Verfassungen sind Papier; die Wahlen gleichen Schlachten; die Freiheit ist Anarchie und das Leben ist eine einzige Qual: Lateinamerika ist einfach unregierbar... Ich habe das Meer gepflügt!“<sup>1</sup> So schrieb Simón Bolívar (1783–1830), der legendenumwobene „Libertador“, der Befreier Lateinamerikas, enttäuscht und verbittert kurz vor seinem Tod. Die von ihm, dem gebürtigen Venezolaner, und von dem Argentinier José de San Martín als militärisch und politisch hochbegabten kreolischen Führergestalten erfolgreich vollzogenen hispanoamerikanischen Unabhängigkeitsbestrebungen waren primär ein Kampf um nationale Souveränität und um neue politische Formen, nicht aber Revolutionen mit dem Ziel oder dem Ergebnis gesellschaftlichen Umbruchs. Resigniert hat Bolívar am Ende seines Lebens festgestellt, er glaube, daß die Unabhängigkeit von Spanien das einzige sei, was er wirklich erreicht habe. Es ist richtig, daß seine Idee einer Panamerikanischen Union restlos scheiterte; aber dennoch prägte er – wenn auch für ihn damals in unabsehbarer und unbeabsichtigter Weise – die politische Kultur Lateinamerikas bis heute, besonders deutlich in jener Spannung, die seine eigene Persönlichkeit charakterisierte: zwischen republikanischem Verfassungsideal und charismatisch-cäsarischer Herrschaft. Seither warten die Erben Bolívars auf einen neuen Befreier.

### I. Die hispanoamerikanische Revolution

Zu Beginn des 19. Jahrhunderts stand der revolutionäre Prozeß in voller Blüte. Die Unabhängigkeit Nordamerikas und die Französische Revolution waren längst vorbei, doch noch voller Einfluß. In Westeuropa rangen zwei Großmächte um die kontinentale und auch universale Vorherrschaft: Frankreich unter Napoleon und England unter William Pitt. Napoleon erklärte die Kontinentalsperre, und England saß auf Industrieprodukten ohne Zugang zum europäischen und nordamerikanischen Markt. Die großen atlantischen Ex-Mächte Portugal und Spanien schlugen sich auf die englische bzw. französische Seite. Die spanische Marine hatte als Operationsbasis den Hafen von Brest. 1805 verlor die spanisch-französische Koalition die Seeschlacht von Trafalgar, und die Engländer übernahmen definitiv

die Herrschaft über die Schifffahrtslinien in der Welt. Vor diesem Hintergrund ist der Unabhängigkeitskrieg des spanischen Volkes gegen Napoleon – 2. Mai 1808 bis 22. März 1814 – zu sehen, sechs Jahre des Kampfes, getragen von einer Bewegung, deren politische Ideen von der Masse des Volkes geteilt wurden. In gewisser Parallelität geschieht dasselbe in Amerika – nicht gegen Frankreich, sondern gegen Spanien.

### Zur Situation am Ende der Kolonialzeit<sup>2</sup>

In den Jahren 1810–1826 zerbrach mit dem spanischen Amerika der größte zusammenhängende Kolonialbesitz, den europäische Mächte im Verlauf ihrer überseeischen Expansion begründet haben. Die Bewohner dieser gewaltigen Landmasse und der zum spanischen Besitz gehörenden Inseln im Karibischen Meer zählten am Ende der Kolonialzeit etwa 15 Millionen. Diese waren allerdings ungleich verteilt. Sie konzentrierten sich vor allem auf das Hochland Süd- und Mittelamerikas und auf die Küstenzonen, in denen sich größere Hafenstädte entwickelt hatten.

Ungleich wie die räumliche Verteilung war auch die ethnische Zusammensetzung der Bevölkerung. Nach Schätzungen, die auf zeitgenössischen Angaben beruhen, lag der *indianische* Anteil zwischen 36 und 46 Prozent der Gesamtbevölkerung. Die *weiße* Bevölkerung belief sich insgesamt auf etwa 20 Prozent; von ihnen waren 95 Prozent *Kreolen*, d. h. in Amerika geborene Spanier, und 5 Prozent *Europaspanier*, d. h. Einwanderer in der ersten Generation. Der in der späten Kolonialzeit bereits weit fortgeschrittene Vermischungsprozeß spiegelt sich im hohen Anteil der *Mestizen* (Mischlinge von Indianern und Weißen), die damals bereits 26 Prozent der Bevölkerung ausmachten. Die Bevölkerung *afrikanischen* Ursprungs betrug zu Beginn des 19. Jahrhunderts etwa 8 Prozent der Gesamtbevölkerung des spanischen Herrschaftsgebiets.

Die ethnische Zugehörigkeit bestimmte weitgehend den *sozialen Standort*. Unbestrittene Führungsschicht war die weiße Bevölkerung. Die Indianer waren rechtlich „freie Vasallen“ der Krone, die lediglich einen Tribut zu entrichten hatten. In der Praxis war jedoch dieser Status des freien Untertanen auch in der ausgehenden Kolonialzeit noch stark eingeschränkt. Im soziokulturellen Bereich hatte die indianische Bevölkerung die Tendenz, sich gegenüber dem Geschehen außerhalb der eigenen Gemeinschaft abzuschirmen und sich der Akkulturation zu widersetzen, so daß unter diesem Gesichtspunkt die indianische Bevölkerung außerhalb der kolonialen Gesellschaft stand. Die Negerbevölkerung befand sich durch den Status der Unfreiheit auf der untersten Stufe der sozialen Skala. Der Graben zwischen der weißen Bevölkerung und der indianischen bzw. afrikanischen Bevölkerung wurde durch eine sich zahlenmäßig vergrößernde Mischlings-

bevölkerung gefüllt, die im Kleinhandel, im Handwerk und in freier Lohnarbeit tätig war und in der Regel die Masse der städtischen Bevölkerung bildete.

So ergibt sich für den Vorabend der Unabhängigkeitsbewegungen das Bild einer mehrgeteilten Gesellschaft, in der starke Unterschiede und Abhängigkeitsverhältnisse zwischen der weißen Oberschicht und den farbigen Unterschichten herrschten. Die Unabhängigkeitsbewegungen sind allerdings nicht aus Aufständen gegen die Führungsschicht, sondern aus dem Streit innerhalb dieser Führungsschicht selbst hervorgegangen.

### Die Krise des spanischen Mutterlandes

Der Ausbruch der spanisch-amerikanischen Unabhängigkeitsbewegung wurde nicht durch interne Vorgänge der Neuen Welt, sondern durch politische und militärische Ereignisse in Europa ausgelöst<sup>3</sup>. Seit 1788 lag die Krone in den Händen des unfähigen Karl IV., unter dem Spanien zum Spielball fremder Mächte herabsank. Im Jahr 1793 trat es der Koalition gegen das revolutionäre Frankreich bei, mit deren Niederlage für Spanien der Verlust von Santo Domingo verbunden war. Im Vertrag von San Ildefonso schloß es 1796 ein Bündnis mit Frankreich und blieb in den nächsten zwölf Jahren in Abhängigkeit von seinem nördlichen Nachbarn. Die Folge war die Gegnerschaft Englands, die letztlich 1797 zum Verlust der Insel Trinidad und 1805 zur Niederlage in der Seeschlacht von Trafalgar führte. Mit dem Untergang der von Karl III. neu gebauten spanischen Flotte wurden die Kolonien weitgehend von der Verbindung mit dem Mutterland abgeschnitten. Zu diesem Niedergang der spanischen Macht kam erschwerend der Verfall der bourbonischen Dynastie. Interne Auseinandersetzungen des Königshauses gipfelten in den Ereignissen von Aranjuez am 19. März 1808, in deren Verlauf Karl IV. und sein Minister Godoy durch einen Offiziersaufstand unter Zustimmung breiter Kreise der Bevölkerung gestürzt und Ferdinand VII. zum König ausgerufen wurde.

Die Krise der bourbonischen Dynastie lieferte den Anlaß für die akute Bedrohung, die dem Staat und seinem Herrscherhaus durch den äußeren Feind erwuchs. Die Übereinkunft von Fontainebleau, in der zwischen Napoleon und Godoy im Oktober 1807 die gemeinsame Eroberung Portugals vereinbart worden war, hatte dem französischen Kaiser die Möglichkeit gegeben, seine Truppen in Spanien einmarschieren zu lassen. Der Sturz Karls IV. und die Thronbesteigung Ferdinands liefern ihm den Vorwand zum Eingreifen in die spanischen Verhältnisse, zur Besetzung der Hauptstadt Madrid und zur Zusammenkunft von Bayonne vom 20. April bis 5. Mai 1808, in der er die spanischen Bourbonen zur Abdankung zwang. Die königliche Familie wurde in Frankreich zurückgehalten und Joseph Bonaparte zum spanischen König proklamiert.

Bereits am 2. Mai 1808 brach in Madrid eine Volkserhebung gegen die französischen Truppen aus, die schnell auf weite Gebiete Spaniens übergriff. Da eine einheitliche staatliche Lenkung des Widerstandes nicht vorhanden war, bildeten sich regionale „Juntas“, die zunächst isoliert die Organisation der Verteidigung in den einzelnen Landesteilen übernahmen. Am 20. September 1808 wurde eine Zentraljunta gegründet, die im Namen Ferdinands VII. die Regierung und die Leitung der Verteidigung übernahm. In den Jahren 1809 bis 1810 ging dennoch nahezu das gesamte spanische Mutterland an die französischen Truppen verloren. Die Zentraljunta mußte auf die Isla de León bei Cádiz fliehen; sie trat zu Beginn des Jahres 1810 die Regierung an eine Nachfolgeinstitution, den Regentschaftsrat, ab. Als der nach Spanien zurückgekehrte Ferdinand VII. am 22. März 1814 in Madrid einzog und die Cortés – die verfassunggebende Versammlung, die dreieinhalb Jahre zuvor entstanden war und sich den Titel „Majestät“ gegeben hatte – auflöste, starb die spanische Revolution mit ihren liberalen, regionalen und republikanischen Ideen.

Anders verläuft die Entwicklung im spanischen Amerika. Durch die Ereignisse der Jahre 1808/1809 wurden die spanisch-amerikanischen Kolonien vor die Entscheidung gestellt, ob sie dem Beispiel der Bevölkerung des Mutterlandes folgen und Ferdinand VII. weiterhin anerkennen oder aber die neue napoleonische Dynastie akzeptieren sollten. Die spanischen Kolonialbehörden in Mexiko, Caracas, Montevideo und Buenos Aires zeigten sich zunächst nicht abgeneigt, Joseph Bonaparte anzuerkennen. Im Interesse der Einheit zwischen Mutterland und überseeischen Besitzungen erwogen sie, den tatsächlichen Machtverhältnissen Rechnung zu tragen und das Regime anzuerkennen, das sich in Spanien durchsetzte. Die kreolische Bevölkerung jedoch wandte sich von Anfang an energisch gegen die Ansprüche der neuen napoleonischen Dynastie. Ihre nahezu einhellige Ablehnung nötigte die spanischen Kolonialbehörden, dieselbe Haltung auch dort einzunehmen, wo sie bereits in Verbindung mit französischen Emissären standen.

Eine Welle der Begeisterung für die Person des gefangenen Ferdinand VII. durchlief das spanische Amerika. Die Popularität des jungen Königs in den Kolonien stand in engem Zusammenhang mit der Krise der spanischen Monarchie. Die Unfähigkeit Karls IV. und die Günstlingswirtschaft am Hof, die man für die Schwäche des Staates weitgehend verantwortlich machte, hatten bewirkt, daß die Thronerhebung Ferdinands VII. allgemein begrüßt und mit ihr der Anbruch einer neuen Ära erwartet wurde. Die Gefangennahme durch Napoleon umgab den Monarchen außerdem mit dem Glorienschein des Märtyrers und trug dazu bei, seine Beliebtheit zu steigern. Die Bereitschaft der Kreolen, der angestammten Dynastie die Treue zu halten, verband sich jedoch mit dem Wunsch, die Gunst des Augenblicks zu nutzen, um die eigene Stellung gegenüber den spanischen Kolonialbehörden zu stärken und sie durch Organe der Selbstregierung zu ersetzen. Infolge der politischen und militärischen Wirren, in denen die alten Gewalten

zusammenbrachen und das Land von fremden Herren besetzt wurde, bestand für das Mutterland Spanien nicht die Möglichkeit, aktiv in die Verhältnisse seiner überseeischen Besitzungen einzugreifen.

Diese Situation ergab den historischen Moment für die Emanzipation des spanischen Amerika. Die Bestrebungen der Selbstregierung gewannen Gestalt in der amerikanischen Junta-Bewegung. Auf Initiative der „Cabildos“, der Selbstverwaltungsorgane der Städte, wurden, besonders in den größeren Städten, kreolische Regierungsausschüsse errichtet, die den Anspruch erhoben, im Namen Ferdinands VII. zu regieren. Diese Juntas konnten sich auf die Vorbilder im Mutterland berufen, aber ihre Grundvoraussetzungen waren andere. Die Juntas in Spanien waren zur Organisation des Widerstandes gegen die französischen Invasoren nach dem Ausfall der bisherigen staatlichen Autoritäten entstanden. In Amerika dagegen war die gesamte Regierungsmaschinerie, das heißt die koloniale Bürokratie, intakt geblieben, so daß unter diesem Aspekt keine Notwendigkeit zur Schaffung neuer politischer Organe bestand.

Der Akzent der amerikanischen Junta-Bewegung lag demnach nicht sosehr auf der Erhaltung der überseeischen Besitzungen für die spanische Krone als vielmehr auf der Erringung weitgehender Selbständigkeit, auch wenn die Loyalitätserklärungen gegenüber Ferdinand VII. zum Ausdruck brachten, daß man diese Bestrebungen im Rahmen des spanischen Imperiums verwirklichen wollte. Staatsrechtlich wurden die Kompetenzen, die die Juntas für sich beanspruchten, mit Theorien der Volkssouveränität begründet, die in der Tradition der Naturrechtslehren der spanischen Spätscholastik (Vitoria, Suárez) lagen.

## II. Der Einfluß scholastischer Ideen Zur Genese der Unabhängigkeitsbestrebungen

Die Entstehung der Unabhängigkeitsbewegungen im spanischen Amerika ist von der Geschichtsschreibung des 19. und 20. Jahrhunderts überwiegend als ein spontanes und einheitliches Aufbegehren der kolonialen Bevölkerung gegen die spanische Unterdrückung dargestellt worden. Neuere Forschungen<sup>4</sup> haben dagegen ein differenzierteres Bild von der Genese der Unabhängigkeitsbewegung gezeichnet, das heißt langfristige und kurzfristige Entwicklungen auf dem Weg zur Emanzipation unterschieden, die Haltung einzelner Bevölkerungsgruppen untersucht und regionale Besonderheiten ins Blickfeld gerückt. Aus der Vielzahl der politischen, geistig-kulturellen und sozio-ökonomischen Faktoren, die nach Meinung der zeitgenössischen Historiker die Emanzipationstendenzen im spanischen Amerika ermöglicht und begünstigt haben, wird der Entfremdung der Kreolen vom spanischen Mutterland, der Verwaltungsreform der spanischen Bourbonen und den Ideen der Aufklärung ein besonderes Gewicht zugeschrieben.

Die zunehmende *Entfremdung der Kreolen vom spanischen Mutterland* ging auf verschiedene Faktoren zurück, zu denen in erster Linie die wachsenden Gegensätze gehörten, die sich zwischen den Spaniern, die in Amerika beheimatet waren, und den spanischen Neueinwanderern auftraten. Konflikte zwischen diesen beiden Komponenten der weißen Bevölkerung, die gemeinsam die Oberschicht der kolonialen Gesellschaft bildeten, entzündeten sich vor allem an der Frage der Ämterbesetzung. Zwar waren zu Ende des 18. Jahrhunderts die Amerikaspanier in den unteren und mittleren Stellungen der weltlichen und der geistlichen Hierarchie eindeutig in der Überzahl, doch erreichten sie nur in Ausnahmefällen leitende Positionen, die in der Regel den Europaspaniern vorbehalten blieben. Scharfe Spannungen entstanden auch durch den wirtschaftlichen Aufschwung der Neueinwanderer, die im 18. Jahrhundert überwiegend aus den nordspanischen Gebieten kamen. Durch erfolgreiche Tätigkeit in Handel und Gewerbe überflügelten sie oft die Kreolen schon in der ersten Generation. Der Gegensatz zwischen Amerikaspaniern und Neueinwanderern, der letztlich aus der Tatsache resultierte, daß sich hier zwei soziale Typen herausgebildet hatten, ging so weit, daß spanische Beobachter in Peru davon sprachen, daß Kreolen und Europaspanier sich zueinander wie feindliche Nationen verhielten. Eine solche Einstellung mußte zwangsläufig die politische Haltung der Kreolen zum Mutterland negativ beeinflussen und zur Entfremdung von Spanien beitragen.

Die *Verwaltungsreform der spanischen Bourbonen* im späten 18. Jahrhundert hat diese Entfremdung der Amerikaspanier vom Mutterland beschleunigt. Die Reformen korrigierten zwar offenkundige Mißstände und strafften den kolonialen Regierungs- und Verwaltungsapparat. Zugleich aber wurde durch die Einführung des Intendantensystems eine Zwischeninstanz geschaffen, welche die überlieferten engen und direkten Verbindungen zwischen dem König und seinen Untertanen in Amerika erheblich störte. So geriet die Reformpolitik des Mutterlandes, die den Zentralisierungs- und Integrationsbestrebungen eines neuzeitlichen Staates folgte, im kolonialspanischen Amerika in Konflikt zu den Beharrungstendenzen des Kreolentums und führte hier zum Auseinandertreten von Staat und Gesellschaft. Die Opposition der Amerikaspanier fand offenen Ausdruck in den „Cabildos“ der Städte, die in den Auseinandersetzungen mit den Beamten der Krone ihr weitgehend verlorenes Eigenleben zurückgewannen. So konnten sie am Ende der Kolonialzeit zu Kristallisationspunkten kreolischer Selbständigkeitsbestrebungen werden. Auch die Finanzpolitik des aufgeklärten Absolutismus führte zu Reibungen. Das schärfere Vorgehen bei der Einziehung von Steuern, die Einführung neuer Staatsmonopole, die Bindung des legalen Außenhandels an den Weg von und nach Spanien stellten Belastungen dar und widersprachen den Interessen einflußreicher gesellschaftlicher Kreise. Die Reformpolitik der Bourbonen im Bereich des Außenhandels hat keine der Interessengruppen zufriedengestellt.

Die *Ideen der Aufklärung* gehören ebenfalls zu jenen Kräften, die für den

Emanzipationsprozeß von besonderer Bedeutung waren. Freilich beschränkte sich die Rezeption der Aufklärung im wesentlichen auf den kleinen Kreis von kreolischen Advokaten, auf Teile der Geistlichkeit und auf diejenigen Amerikaspanier, die auf Europareisen in direkten Kontakt mit der Aufklärung westeuropäischer Prägung gekommen waren. Aber nicht nur die Rezeption der Aufklärung, sondern auch die kritische Auseinandersetzung mit ihrem Gedankengut beeinflusste die Unabhängigkeitsbewegung im spanischen Amerika. In der Beurteilung der Bewohner der neuen Welt war die europäische Aufklärung zwiespältig: Während sie einerseits das Bild des noch nicht durch zivilisatorische Einflüsse verdorbenen „edlen Wilden“ zeichnete, vertrat sie andererseits in Anlehnung an die Klimatheorien des Aristoteles die Auffassung, daß die geistige und materielle Kultur der Bewohner Amerikas, soweit sie sich unter den Bedingungen der tropischen und subtropischen Zone entfaltet hatte, naturgemäß derjenigen der gemäßigten Zone, nämlich Europas, unterlegen sei. Diese Vorstellung, der Montesquieu und die Enzyklopädisten zuneigten, fand unter den Kreolen lebhaften Widerspruch. Die daraus erwachsende Förderung des kulturellen Eigenbewußtseins blieb nicht ohne Folgen für die geistige Loslösung von der alten Welt.

Untersucht man die Gewichtung, die Historiker den einzelnen Faktoren des Emanzipationsprozesses zuschreiben, so ist auffallend, daß exogene Ursachen und unter ihnen die Ideen der französischen Enzyklopädisten eindeutig dominieren. „Woher denn sonst“, fragt Charles Griffin, „sollte die Auffassung nach Südamerika gekommen sein, daß der Mensch als Freier geboren und im Besitz natürlicher Rechte ist und daß die Regierungen, die nicht auf der Zustimmung des Volkes aufrufen und diese Rechte nicht respektieren, nichts anderes als reine Tyrannenien sind?“<sup>5</sup> Nur in Ausnahmefällen finden sich Hinweise auf endogene und breitere bürgerliche Bevölkerungskreise prägende Geisteshaltungen, wie sie vor allem in der Tradition der großen Theologen, Moralisten und Juristen wie Vitoria, Soto, Suárez und Molina in Amerika existierten; immerhin wurden diese an 33 Kolonialuniversitäten gelehrt und stellten ein seit Generationen assimiliertes Gedankengut dar.

### Die suarezianische Tradition

Ohne Zweifel war das enzyklopädistisch-französische und insbesondere Rousseausche Denken im intellektuellen Milieu Hispanoamerikas nicht unbekannt. Doch weisen schon die konstanten Verbote der Krone, die scholastischen Ideen zu verbreiten, und die Abneigung Karls III. und Karls IV. sowie ihrer Minister gegenüber allem Jesuitischen – bis zum Verbot unter Todesstrafe, ein Bild des Ignatius von Loyola zu besitzen – darauf hin, daß – zumindest von seiten der Krone – die suarezianischen Lehren als gefährlicher angesehen wurden als die Ideen der

Enzyklopädisten. Der Historiker Manuel Giménez Fernández kommt zu der Feststellung: „Um ein authentisches Bild der Wirklichkeit vom spanischen Amerika des 18. Jahrhunderts und an der Schwelle zur Unabhängigkeit zu erfassen, muß man daran erinnern, daß der aufgeklärte Despotismus in eine rastlose Kampagne gegen die subversiven Ideen des Suárez verstrickt war. Die politischen Ideen des Suárez – einer der Gründe für die Vertreibung der Jesuiten – wurden wie bestimmte politische Ideen der Aufklärung bekämpft, z. B. jene von Rousseau, obwohl letztere in dieser Periode wenig politischen Einfluß im spanischen Amerika ausübten.“<sup>6</sup>

Woher hatten Männer wie Hidalgo, Morelos, Dos, Saavedra, Moreno ihre grundlegenden Ideen? Waren sie nicht begeisterte Schüler jener Universitäten und Seminarien, wo die Lehren der Scholastiker weitergegeben wurden? Erst nach dem Ende der spanischen Herrschaft mit dem Sieg von Ayacucho (1824) öffnete sich Südamerika vorbehaltlos den Strömungen europäischen Denkens. Vorher waren es nur die großen Militärs, bei denen der französische Einfluß verbreitet war. Aber vor und während des Prozesses der Unabhängigkeit, das heißt in den Jahren 1808 bis 1814, als die Juntas zur Verteidigung der Rechte Ferdinands VII. errichtet wurden, worauf in den meisten Orten unmittelbar die Unabhängigkeitserklärung und die Abfassung der ersten republikanischen Verfassung folgten, dominierte das spanisch-suarezianische Denken. Die Ereignisse von Bayonne (1808) brachten zur Explosion, was sich in Hispanoamerika schon seit der Vertreibung der Jesuiten (1767) und dem Tod Karls III. (1788) zu manifestieren begonnen hatte: das Bewußtsein von schon bestehenden Nationen, die den historischen Augenblick zur Unabhängigkeit erwarteten.

In seiner Rechts- und Staatsphilosophie<sup>7</sup> schuf *Francisco Suárez* (1548–1617) eine Synthese, die Volkssouveränität, Staatsgewalt und Staatssouveränität in einer Weise umriß, die nachhaltig weiterwirkte. Seine Staatslehre steht in der aristotelisch-thomistischen Tradition: Die natürliche Sozialität des Menschen ist ontologische Wurzel der politischen Gemeinschaft und der staatlichen Gewalt. Zumindest in der Form des Kleinstaats (*civitas*) ist der Staat naturnotwendig; sein Zweck ist das Gemeinwohl, das Suárez als jenen beglückenden Zustand (*felicitas*) beschreibt, der sich ergibt, wenn Friede, Gerechtigkeit, Wohlstand und gute Sitten herrschen. Um diese Ziele vernünftigerweise zu erreichen, bilden die Menschen eine politische Gemeinschaft; durch ihre Übereinkunft entsteht Gesellschaft und mit ihr die Staatsgewalt. Im Gegensatz zu den sogenannten „Kontraktualisten“ versteht Suárez diesen Konsens als Basis politischer Gemeinschaft und Machtausübung nicht im Sinn „aus sich selbst heraus“ widerrufbarer Willenskundgebungen; diese sind für ihn nicht Willkür, sondern wesenhafte Notwendigkeit.

Wie alle Autoren der spanischen Spätscholastik führt Suárez die Staatsgewalt des/der Regierenden nur mittelbar auf Gott zurück. Sie liegt anfänglich beim politisch geeinten Staatsvolk. Aus praktischen Gründen muß sie jedoch von diesem



an einen oder mehrere übertragen werden, was zur Herausbildung verschiedener Regierungsformen führt. Im Vertrag mit den/dem Regierenden bestimmt das Volk den Träger der Staatsgewalt und überträgt seiner Entscheidung die Festlegung der Regierungsform. Zwischen Volk und Regierenden besteht für Suárez Bilateralität der Rechte und der Verpflichtungen; so kann das Volk nicht willkürlich die politische Souveränität für sich beanspruchen. Suárez geht es um ein vollkommenes Gleichgewicht zwischen Exzessen der Macht des/der Regierenden und den Gefahren der revolutionären Demagogie des Volkes, ohne jedoch die grundlegende Lehre von der Volkssouveränität in Frage zu stellen.

Eine Gegenüberstellung mit Jean-Jacques Rousseau<sup>8</sup> läßt die Eigenart der politischen Philosophie Suárez' deutlich werden:

*Suárez*: Die Souveränität ist Attribut jeder vollkommenen Gesellschaft, aber nicht jedes einzelnen Individuums. *Rousseau*: Die Souveränität ist bei allen und bei jedem. Sie kann nicht an andere abgetreten werden.

*Suárez*: Die Souveränität des Volkes kann übertragen werden und kann durch einen anderen ausgeübt werden. *Rousseau*: Die Souveränität des Volkes ist unübertragbar und kann allein durch das Volk selbst repräsentiert werden.

*Suárez*: Die Gesellschaft übt nicht immer ihre ganze Autorität aus, sondern überträgt sie in der Regel in begrenztem Umfang an den Regenten. *Rousseau*: In der Gesellschaft verlieren die Individuen ihre ganze natürliche Freiheit und erlangen die zivile und politische Freiheit. Die Summe der Willen wird zur Quelle und zum Ursprung aller Rechte ohne jegliche Begrenzung.

*Suárez*: Die Gesellschaft nimmt die Autorität wieder an sich, wenn der Regent sie vernachlässigt bzw. in speziellen Umständen. *Rousseau*: Die Gesellschaft kann die Autorität immer, wenn sie es wünscht, wieder an sich nehmen, weil sie sie niemals verloren hat.

### Zeugnisse

Im Cono Sur des lateinamerikanischen Subkontinents wurde das intellektuelle Klima durch die Jesuiten bestimmt. Die Universität von Charcas, zwei Universitäten in Cordoba und die Universität von Santiago de Chile waren Zentren der geistigen Ausbildung. In besonderer Weise war es die Universität von Cordoba, wo die Mehrzahl der späteren, in der Unabhängigkeitsbewegung führenden Köpfe ausgebildet worden sind. Im Jahr 1612, also zu Lebzeiten des Francisco Suárez, gründete Diego de Torres – Initiator der Missionen von Paraguay – die Universität von Cordoba. Der Jesuitenprovinzial informierte die spanischen und römischen Autoritäten, „daß die neuen Studien auf den Lehren des Francisco Suárez aufbauen“<sup>9</sup>. Mehr als 100 Jahre später (1730) entschied die Universität in einem öffentlichen Dokument, daß die suarezianischen Lehren mit Ausschließlichkeit

gelehrt werden sollten. So geschah es das ganze 18. Jahrhundert hindurch. Nach der Vertreibung der Jesuiten verlagerte sich das geistige Zentrum auf das Seminar von Catamarca.

Der Historiker Guillermo Furlong analysiert von dort stammende Dokumente und kommt zu dem Ergebnis: „Sie beziehen sich auf den Ursprung der zivilen Autorität und stellen fest, daß die politische Gewalt eines Fürsten von Gott stamme, aber nicht unmittelbar, sondern mittelbar; denn Gott übergebe die höchste Gewalt nur an die Gemeinschaft. Auch wenn diese Gewalt einem Fürsten übertragen worden ist, bleibe sie dem Volk eigen, das sie allerdings nur in besonders schwerwiegenden Fällen dem Fürsten entziehen könne.“<sup>10</sup> Dem Protest des Gouverneurs gegen einen Prediger, der von der Unterordnung der Macht der Könige unter die der Völker geredet hatte, wird entgegnet: „In der Universität wurden dieselben Auffassungen gelehrt; beispielsweise, daß die Gesetze ihre Kraft nicht von der Autorität der Könige empfangen, sondern über die Annahme durch das Volk.“<sup>11</sup> Von der Universität und von den Kanzeln erreichten solche Ideen die Cabildos, und in dieser Region entstanden viele Bewegungen der Gemeinden. Die Munizipien von Santa Fe und Corrientes erhoben sich mehr als einmal. Das Volk hatte ein klares Bewußtsein davon, daß es der wahre Souverän war.

Im Cono Sur blieb der Einfluß der Jesuiten auch nach deren Vertreibung erhalten. So erfuhr die im Jahr 1799 von dem peruanischen Jesuiten Juan Pablo Vizcardo y Guzmán veröffentlichte Erstausgabe des „Briefs an die amerikanischen Spanier“ eine schnelle und weite Verbreitung. Der „Brief“ enthält die Grundzüge der suarezianischen politischen Lehre<sup>12</sup>. Nachdem der Autor deutlich herausgestellt hat, daß der Hispanoamerikaner in politischer Hinsicht dem Spanier nicht unterlegen ist, vertritt er die Lehre der Souveränität des Volkes als die Lehre des authentischen Spanien: „Es gab einen grundlegenden Artikel in der Verfassung von Aragón: Wenn der König die Rechte und Privilegien des Volkes verletzen sollte, kann das Volk ihn legitimerweise absetzen und an seine Stelle einen anderen zum König ernennen... Diesem edlen Geist der Freiheit verdanken unsere Vorläufer ihre Energie, kraft deren sie große Dinge vollbrachten... Als dann der König die Grenzen, die die Verfassung von Kastilien und Aragón ihm setzten, überschritt, breitete sich in Spanien die Dekadenz sehr schnell aus... Dies beweist hinreichend, daß die absolute Macht, zu der sich immer die Willkür gesellt, der Ruin der Staaten ist.“<sup>13</sup>

In einer öffentlichen Versammlung entschied der Magistrat von Buenos Aires am 22. Mai 1810, „daß der Vizekönig seine Autorität an den Magistrat als Repräsentant des Volkes abzutreten habe“<sup>14</sup>. Furlong, ein ausgezeichnete Kenner der Mai-Revolution von Buenos Aires, zitiert einige grundsätzliche Äußerungen der führenden Köpfe der Erhebung: „Das höchste Gesetz ist das Wohl des Volkes... Dieses Volk ist in der Lage, frei über die Autorität zu verfügen, die auf es selbst zurückgefallen ist... Es ist der Fall eingetreten, daß das Volk seine ursprüngliche

Autorität und sein Recht aufnehmen muß... Da die legitime Autorität ein Ende gefunden hat, nimmt das Volk seine ursprünglichen Rechte, die es delegiert hatte, wieder an sich...“<sup>15</sup> Solche Auffassungen entsprechen deutlich der Lehre des Suárez, der die Untergebenen an den Souverän bindet, und nicht der Auffassung von Rousseau, der sich auf die Einheit der Bürger untereinander bezieht.

Der intellektuelle Führer der Mai-Ereignisse von Buenos Aires war Mariano Moreno von der Universität von Charcas. Er wurde als Anhänger von Rousseau bezeichnet, aber seine Argumentation entspricht nicht dem Genfer Denker. Deutlich wird dies vor allem in dem von Moreno verfaßten Manifest von Cordoba (9. September 1810) und in späteren Veröffentlichungen von ihm, die die suarezianische Tradition erkennen lassen; so zum Beispiel: „Die Autorität des Volkes im gegenwärtigen Geschehen stammt aus der Wiederaufnahme der höchsten Macht, die wegen der Gefangenschaft des Königs zum Ursprung, woher der Monarch sie erhielt, zurückkehrte; die Ausübung dieser Macht kann neue Formen annehmen, die in Freiheit gewünscht werden.“<sup>16</sup>

Sehr ähnliche und teils völlig identische Überlegungen und Argumentationen finden wir bei den großen Vertretern der mexikanischen Unabhängigkeitsbewegung, wie zum Beispiel bei Francisco Primo de Verdad, Bustamante, Cos und Quintana Roo, insbesondere im ethisch-juridischen Denken von Morelos, der – ebenso wie Hidalgo – ein Jesuitenschüler war. Es ist bezeichnend für den Einfluß des scholastischen Denkens, daß die Bewegung von Morelos und seiner Gefolgsleute den Versuch unternimmt, die vertriebenen Jesuiten nach Mexiko zurückzuholen. Dieses Anliegen, das in der Verfassung niedergelegt wurde, entspricht kaum der gängigen Auffassung, es habe sich um eine Unabhängigkeitsbewegung gehandelt, die allein von der Aufklärung und der Französischen Revolution inspiriert worden sei.

Alle lateinamerikanischen Bibliotheken mit Beständen aus der Kolonialzeit enthalten Werke von Suárez, Vasquez, Molina und Mariana; allein die Nationalbibliothek von Bogotá zählt heute 152 Bände der Werke von Suárez. Auffallend ist, daß sich Spuren interessierter und kommentierender Leser in großer Anzahl dort finden, wo die Lehre von der Souveränität des Volkes abgehandelt wird, zum Beispiel in „De legibus“ von Suárez. Schon 30 Jahre vor den Ereignissen des 20. Juli 1810 beruft sich die bedeutendste Aufständischenbewegung in Neu-Granada (Kolumbien) 1781 auf die Ideen des Suárez. Vor dem Unabhängigkeitskampf selbst (1811/12) ist es vor allem die von Antonio Narino gegründete Zeitschrift „La Bagatela“, die theoretisch wie praxisbezogen auf scholastischen Lehren aufbaut; während und nach der Revolution setzen sich in dieser Zeitschrift und bei Narino allerdings ganz deutlich die Auffassungen von Rousseaus Gesellschaftsvertrag durch. Anders verlief die geistige Entwicklung der übrigen führenden Köpfe der Revolution; sie blieben, wie viele Dokumente bestätigen<sup>17</sup>, auf dem Boden der suarezianischen Lehre, wie sie in den großen Universitäten und Kollegien San

Bartolomé, La Javeriana und El Rosario weitergegeben wurde: Camilo Torres, José Joaquín Camacho, Frutos Joaquín Gutiérrez, Ignacio de Herrera.

Caracas gilt als einer der Brennpunkte der hispanoamerikanischen Revolution, nicht nur unter der Rücksicht hervorragender Militärs, die die Revolutionskriege führten. Auch für die Unabhängigkeitsbewegung, also für den Anfang der Revolution, der von den Kriegen deutlich zu unterscheiden ist, begegnen uns in Venezuela wichtige Persönlichkeiten. Bis in die jüngste Zeit werden Locke, Montesquieu und Rousseau als ihre geistigen Väter genannt<sup>18</sup>; nach meiner Meinung stammen die Rechtfertigungen für die Unabhängigkeit jedoch aus spanischen, scholastischen und jesuitischen Quellen.

Das Begleitschreiben zu den Beschlüssen des Magistrats von Caracas vom 19. April 1810 an alle Körperschaften und Autoritäten Venezuelas argumentiert in suarezianischer Weise: „Der hohe Magistrat und die Abgeordneten dieser Hauptstadt haben – mit Zustimmung des Volkes selbst – die Oberste Autorität auf sich zurückgenommen (reasumido).“<sup>19</sup> Bei der Abfassung der Unabhängigkeitserklärung gibt es Spannungen zwischen dem Hauptredakteur Juan Germán Roscio und Miranda, weil letzterer allein die Ideen der französischen Enzyklopädisten zum Ausdruck bringen wollte. Schließlich setzten sich Penalver, Roscio, Yanes, Paúl und Ustáriz – alle auf der Linie des traditionellen Denkens – durch. Selbst Bolívar charakterisierte die Ereignisse der Revolution gegenüber dem Gouverneur von Curaçao mit dem Hinweis, Caracas habe auf der Grundlage der Gesetze und der spanischen Tradition die Souveränität zurückgenommen und sich unabhängig erklärt<sup>20</sup>.

In die gleiche Richtung weisen die Veröffentlichungen von Manuel Palacio Fajardo, der großen Einfluß auf die Verfassung hatte, und der berühmte Briefwechsel des schon erwähnten Juan Germán Roscio, der „der Jefferson von Caracas“ genannt wurde, mit dem Gelehrten und Schriftsteller Andrés Bello<sup>21</sup>. Im „Manifest der Föderation von Venezuela“ (30. Juli 1811) schreibt Roscio: „Regierungen haben, hatten und können kein anderes Maß für ihre Amtszeit haben als den Nutzen und die Wohlfahrt für den Menschen. Die Könige besitzen keine natürliche Privilegierung und gehören nicht zu einer den übrigen Menschen überlegenen Ordnung. Ihre Autorität stammt aus dem Willen des Volkes, gelenkt und aufrechterhalten durch die göttliche Vorsehung, die uns den freien Willen zum Handeln läßt. Seine Allmacht interveniert nicht zugunsten dieser oder jener Regierung/Regierungsform. Weder die Religion noch ihre Diener verurteilen oder können die Anstrengungen verurteilen, die eine Nation unternimmt, um im politischen Bereich unabhängig zu sein und im moralisch-religiösen Bereich nur von Gott und seinem Stellvertreter abzuhängen.“<sup>22</sup> Im Hinblick auf das 1817 veröffentlichte und sehr berühmt gewordene Buch „El triunfo de la libertad sobre el despotismo“, in dem Roscio seine politischen Ideen zusammenfaßt, kommt der Historiker Figuera zu dem Schluß: „Die politischen Konfessionen des Roscio

beweisen mit aller Klarheit, daß die Ideen der Französischen Revolution nicht die hauptsächlichliche Wurzel der amerikanischen Emanzipation waren“<sup>23</sup>.

### Schlußfolgerungen

Die hispanoamerikanische geistige Welt an der Wende vom 18. zum 19. Jahrhundert, die Proklamationen der Juntas, die Unabhängigkeitserklärungen, die Verfassungsentwürfe und die schriftlichen Zeugnisse führender Persönlichkeiten der Unabhängigkeitsbewegungen lassen den Schluß zu, daß die Ideen der Scholastik in der ersten Phase, das heißt in den Anfängen der hispanoamerikanischen Revolution (1808–1814), eine einflußreiche Rolle gespielt haben. Bei den großen Militärs, die die Unabhängigkeit in der zweiten und dritten Phase *de facto* erkämpften, waren die geistigen Hintergründe vermutlich andere, obwohl es auch bei ihnen deutliche Ausnahmen und selbst im Fall von Simón Bolívar berechnete Zweifel gibt<sup>24</sup>. Aus diesem Befund kann gefolgert werden:

1. Die weithin als gültig anerkannte Darstellung und Erklärung des historischen Prozesses der hispanoamerikanischen Revolution in der Erforschung der lateinamerikanischen Geschichte ist zu differenzieren – sowohl hinsichtlich einer deutlichen Abhebung der ersten von den übrigen Phasen der Revolution, als auch hinsichtlich der bisher kaum angefochtenen Bedeutung der französisch-rousseauischen politischen Ideen.

2. Der offensichtliche Bruch des staatsphilosophischen Fundaments zwischen den Anfängen der Unabhängigkeitsbestrebungen und dem Ergebnis der Unabhängigkeitskriege in Gestalt der Übernahme liberal-republikanischer Verfassungen, die in krassem Gegensatz zur eigenen politischen Tradition und zu den herrschenden sozioökonomischen Strukturen standen, stellt den Beginn jener Kluft zwischen politischer und sozioökonomischer Entwicklung dar, die als konstitutives Merkmal der politischen Kultur Lateinamerikas bis heute gelten kann.

3. Durch die im Zuge der Revolution vollzogene Abkehr von populistischen Grundlagen der Herrschaftsordnung und -ausübung wurde die in der Kolonialzeit geschaffene gesellschaftliche Distanz der Massen verlängert und zur Marginalität vertieft.

### ANMERKUNGEN

<sup>1</sup> Se llamaba Simón Bolívar. *Vida del Libertador*, hrsg. v. S. A. de Educacion y Cultura Religiosa (Caracas 1982) 123.

<sup>2</sup> Vgl. I. Buisson, H. Schottelius, *Die Unabhängigkeitsbewegungen in Lateinamerika 1788–1826* (Stuttgart 1980).

<sup>3</sup> Vgl. A. Ballesteros, *Historia de España*, Bd. 7 (Barcelona 1934).

<sup>4</sup> Vgl. Die Ergebnisse der beiden Kongresse über die hispanoamerikanische Unabhängigkeit in jüngerer Zeit:

Ursachen und Merkmale der hispanoamerikanischen Unabhängigkeit (Madrid 1949); Die Unabhängigkeitsbewegung Hispanoamerikas (Caracas 1960).

<sup>5</sup> Ch. Griffin, *Ensayos sobre Historia de America* (Caracas 1969) 84.

<sup>6</sup> M. Giménez Fernández, *Las doctrinas populistas en la independencia de Hispanoamerica* (Sevilla 1947) 28f.

<sup>7</sup> Vgl. F. Suárez, *De legibus ac Deo legislatore. Defensio fidei*, in: *Opera omnia* (Paris 1856/61).

<sup>8</sup> Vgl. J.-J. Rousseau, *Über den Ursprung der Ungleichheit unter den Menschen* (Hamburg 1955); *Der Gesellschaftsvertrag* (Stuttgart 1958).

<sup>9</sup> A. dell'Oro, *Presencia y sugestion del filósofo Francisco Suárez. Su influencia en la Revolucion de Mayo* (Buenos Aires 1959) 14.

<sup>10</sup> G. Furlong, *Nacimiento y desarrollo de la Filosofia en el Rio de la Plata* (Buenos Aires 1952) 210.

<sup>11</sup> Ebd. 97.

<sup>12</sup> Vgl. M. Giménez Fernández, *Las Doctrinas populistas en la Independencia de Hispanoamerica* (Sevilla 1947).

<sup>13</sup> J. P. Vizcardo y Guzmán, *Carta dirigida a los españoles americanos* (Sevilla 1947) 130.

<sup>14</sup> *Actos del Cabildo de Buenos Aires*, 95. <sup>15</sup> Ebd. 105.

<sup>16</sup> R. Levene, *El pensamiento vivo de Mariano Moreno* (Buenos Aires 1942) 228.

<sup>17</sup> Vgl. E. Ortega Ricaurte, *Documentos sobre el 20 de julio de 1810* (Bogota 1960).

<sup>18</sup> Vgl. A. Armas Ayala, *Influencia del pensamiento venezolano en la Revolucion de Independencia de Hispanoamerica* (Caracas 1970).

<sup>19</sup> *Academia Nacional de la Historia, Textos oficiales de la primera Republica de Venezuela* (Caracas 1959).

<sup>20</sup> J. Malagón, *Las Actas de Independencia de America* (Washington 1955) 143f.

<sup>21</sup> Vgl. J. G. Roscio, *Escritos representativos* (Caracas 1971).

<sup>22</sup> Ders., *Obras* (Caracas 1953) 63.

<sup>23</sup> A. Michares, *Prólogo en las Obras de Juan Germán Roscio* (Caracas 1953) XI.

<sup>24</sup> Vgl. J. M. Echeverría, *Las Ideas Escolásticas y el inicio de la Revolucion Hispanoamericana*, in: *Montalban* 5 (1976) 279–338.